



Das zerrüttete globale Ernährungssystem muss verändert werden!

Bei der Herstellung der meisten Lebensmittel, die wir in Supermärkten und Discountern einkaufen, kommt es zu Verstößen gegen Menschenrechte, zu Umweltzerstörung und zu verschiedensten Formen von Ungerechtigkeit. Die Lebensmittel erreichen uns über Lieferketten, in denen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Arbeiter*innen ausgenutzt werden. Frauen sind besonders betroffen. Gleichzeitig wird die Klimakrise verschärft. Viele Arbeiter*innen in den globalen Agrar-Lieferketten, die sich ihren Lebensunterhalt unter prekären, ausbeuterischen und gefährlichen Bedingungen verdienen müssen, sind Migrant*innen. Wir haben Gründe, in diesem Zusammenhang von Sklaverei ähnlichen Bedingungen zu sprechen!

Doch wer bestimmt diese Bedingungen? **Große, globale Lebensmittelunternehmen und europäische Supermarktketten** steigern ihre Gewinne ohne Rücksicht auf Menschenrechte, die Umwelt und auf unsere gemeinsame Zukunft. Darüber hinaus schaffen es die **Gesetzgeber** nicht, diese Unternehmen für den Schaden, den ihre Geschäftspraktiken anrichten, zur Rechenschaft zu ziehen. Das System wurde historisch zum Vorteil von Großunternehmen und zum Nachteil von Kleinbäuer*innen und Arbeiter*innen entwickelt.

Während die Gewinne der Supermärkte Rekordwerte erreichen, kämpfen Kleinbäuer*innen und migrantische Arbeiter*innen um ihre Existenz! Aufgrund der Corona-Pandemie sind Arbeiter*innen in den Lieferketten noch höheren Risiken ausgesetzt, verlieren ihre Arbeit und werden letztendlich von Entscheidungsträger*innen der Lebensmittelunternehmen im Stich gelassen.

We are hungry for justice! Wir werden diese Bedingungen nicht länger akzeptieren!

Wir sind ein internationales Konsortium von zivilgesellschaftlichen Organisationen, das junge Menschen aus ganz Europa zusammenbringt. Gemeinsam erheben wir unsere Stimmen und verlangen Gerechtigkeit! In Solidarität mit migrantischen Arbeiter*innen, Kleinbäuer*innen und Menschenrechtsaktivist*innen rund um die Welt fordern wir den Status Quo heraus. **Unsere Vision ist ein sozial gerechtes und nachhaltiges Ernährungssystem. Ein Ernährungssystem, das auf Menschenrechten beruht und von agrarökologischen Prinzipien geleitet wird. In diesem neuen System ist das Prinzip der Ernährungssouveränität Realität geworden.** Unsere Mission ist es, solidarisch mit Arbeiter*innen für angemessene Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu kämpfen, uns für existenzsichernde Löhne und Einkommen einzusetzen, die Rechte von migrantischen Arbeiter*innen zu verbessern und die klima- und umweltschädlichen Praktiken der Lebensmittelunternehmen und Supermärkte zu beenden. Um Veränderungen zu erreichen, verlassen wir uns auf unsere Kreativität, unser Mitgefühl, unsere Vision und die Verbundenheit der europäischen Jugend.

Wo es möglich ist, treffen wir unsere Kaufentscheidungen auf Basis von nachhaltigen Prinzipien und ermutigen Verbraucher*innen in Europa, ebenfalls bewusst einzukaufen. Auf diese Weise wird den großen Konzernen ein Teil ihrer Macht entzogen. Als junge Bürger*innen sind wir jedoch davon überzeugt, dass dies nicht ausreicht. Die Konzerne und Märkte ebenso wie unsere Geldbeutel setzen

uns Grenzen. Außerdem wollen wir nicht in eine Schuld-Rhetorik verfallen, wie sie von manchen Politiker*innen gegenüber den Konsumentenscheidungen ihrer Bürger*innen angestimmt wird. Denn damit wird lediglich von dem wirklichen Problem abgelenkt: Die bestehenden Geschäftsmodelle von Lebensmittelunternehmen ermöglichen es ihnen, auf Kosten anderer Menschen und der Umwelt Profite herauszuschlagen.

Wir sind uns unserer gemeinsamen Verantwortung als Bürger*innen bewusst. Daher erhöhen wir den politischen Druck und verlangen von großen Lebensmittelkonzernen, Supermärkten und der Politik einen Systemwandel hin zu einem *Ernährungssystem, das allen Lebewesen und zukünftigen Generationen ein gutes Leben ermöglicht!*

Die Profiteure der Ungerechtigkeit

Große globale Lebensmittelkonzerne

Derzeit sind die Hauptakteure im globalen Ernährungssystem riesengroße Lebensmittelverarbeitungs- und Handelsunternehmen. Durch ihre schiere Größe verfügen sie über eine enorme Marktmacht und üben durch die Kontrolle von Zulieferer*innen und Verarbeiter*innen Druck auf die schwächeren Glieder in der Lieferkette aus. Darüber hinaus nutzen sie ihren politischen Einfluss, um die Rahmenbedingungen kontinuierlich zu ihren Gunsten zu gestalten.

Ohne eine fundamentale Änderung des Verhaltens dieser Unternehmen sehen wir keine Möglichkeit, das Ernährungssystem zu verbessern. Im Gegenteil: Ohne eine Änderung der Geschäftspraktiken dieser Unternehmen steuert unser System auf den Abgrund zu.

Wir begrüßen ein ernsthaftes Engagement von Unternehmen in Multi-Stakeholder-Initiativen. Der jüngsten Vergangenheit nach zu urteilen, wäre es jedoch naiv, darauf zu vertrauen, dass sie Verbesserungen durchsetzen. Wir geben uns nicht mit kosmetischen Änderungen zufrieden und haben genug von Green- und Socialwashing-Kampagnen. Deshalb wollen wir die ausbeuterischen Unternehmenspraktiken aufdecken und ihre Schwachstellen aufzeigen. Da von den Unternehmen selbst keine ernsthaften Veränderungen ausgegangen sind, muss die Politik dem Profitstreben der Unternehmen auf Kosten von Menschen und Umwelt ein Ende setzen.

Europäische Supermarktketten und Discounter

Obwohl immer mehr Verbraucher*innen nach Alternativen wie lokalen Lebensmittelnetzwerken suchen, bestimmen große Supermärkte und Discounter immer noch, was auf unseren Tellern landet. In der Tat sind sie der Dreh- und Angelpunkt für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion. Bisher nutzen sie ihre Marktmacht jedoch allzu oft, um Preisdruck auf ihre Lieferketten auszuüben. Das macht es unmöglich, sozialen und ökologischen Fortschritt zu erreichen. Ihre zentrale Marktposition würde es ihnen grundsätzlich ermöglichen, einen Beitrag in Richtung eines nachhaltigeren Ernährungssystems zu leisten! Supermärkte haben eine moralische Pflicht, offensichtliche Ungerechtigkeiten zu beheben. Einige haben gezeigt, dass eine schrittweise Veränderung möglich ist. Wir begrüßen dies und unterstützen auch weiterhin ernsthafte Ansätze und die Teilnahme an Multi-Stakeholder-Initiativen. Supermärkte gehören jedoch im Wesentlichen einem System an, das von Wachstum und Profit angetrieben wird und erfüllen daher nicht die Anforderungen, um selbsttätig eine *signifikante* Veränderung zu erreichen. Dies führt unweigerlich zur Verantwortung von politischen Entscheidungsträger*innen, Bedingungen zu schaffen, die Supermärkte zugleich drängen und unterstützen, ihre Geschäftspraktiken zu verbessern.

Europäische politische Entscheidungsträger*innen

Globale Agrar-Lieferketten werden von der internationalen Handels- und Agrarpolitik bestimmt. Daher sind wir davon überzeugt, dass rechtlich bindende Vorschriften maßgeblich sind, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu garantieren sowie Umwelt- und Klimaschutz zu gewährleisten.

Die wichtigsten politischen Entscheidungen werden auf europäischer Ebene sowie zwischen und von nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten - unserer Heimatländer - getroffen. Daher fordern wir unsere politischen Entscheidungsträger*innen dazu auf, für ehrgeizige politische Prozesse und gesetzliche Vorschriften zu sorgen, die sich auf die Grundrechte der am meisten benachteiligten Menschen in den globalen Lebensmittelketten konzentrieren: Arbeitsmigrant*innen und Kleinbäuer*innen. Für uns sind ein europäisches Lieferkettengesetz (mHREDD), die Farm-to-Fork-Strategie sowie das neue Migrations- und Asyl-Paket zentrale politische Projekte für die Kommission und das EU-Parlament.

Unsere Lebensmittel. Unsere Zukunft. Unsere Forderungen.

Menschenwürdige Arbeitsbedingungen ohne Kompromisse!

Wir brauchen menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen entlang von Agrar-Lieferketten unter besonderer Berücksichtigung besonders verwundbarer Gruppen wie migrantischen Arbeiter*innen, weiblichen Beschäftigten und Kleinbäuer*innen. Dazu fordern wir die Gewährleistung existenzsichernder Löhne und Einkommen, Versammlungsfreiheit und Kollektivverhandlungen, umfassende Arbeitsschutzpraktiken, einen gesicherten Rechtsstatus sowie den Schutz vor geschlechtsspezifischer Diskriminierung.

Lebensmittel sollten zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen!

Um die planetaren Grenzen der Erde einzuhalten und die Lebensgrundlagen vor allem im Globalen Süden zu sichern, müssen wir Geschäftsmodelle aufgeben, die unser Klima und unsere Umwelt schädigen. Zu den schädlichen Praktiken gehören die Vereinnahmung oder Zerstörung natürlicher Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut und Wälder. Supermärkte und große Lebensmittelkonzerne müssen ihren Anteil an der Klimakrise reduzieren und für einen umfassenden Schutz von Biodiversität und dem Ökosystem sorgen.

Wirkungsvolle Gesetze müssen Menschenrechte und Umweltschutz sicherstellen!

Große Lebensmittelkonzerne und Supermärkte müssen für Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen, Umweltzerstörung sowie Landraub und Zwangsumsiedlungen entlang ihrer Lieferketten rechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Deshalb muss die vorhandene Gesetzgebung dringend verbessert werden und neue Gesetze verabschiedet werden, um die Nachverfolgbarkeit von Lieferketten zu ermöglichen und Gerechtigkeit für Betroffene zu gewährleisten.

Nur ein systemischer Wandel wird unser Ernährungssystem reparieren!

Selbst wenn wir eine Politik der kleinen Schritte verfolgen, muss auf lange Sicht eine fundamentale Veränderung des Ernährungssystems erreicht werden. Daher müssen die aktuellen Machtungleichgewichte in den globalen Agrar-Lieferketten angegangen werden. Bei einer Neustrukturierung des globalen Ernährungssystems müssen Kleinbäuer*innen,

Arbeiter*innen (besonders Frauen und migrantische Arbeiter*innen), Bürger*innen sowie Klima und Umwelt im Mittelpunkt stehen. Wir setzen uns für Alternativen ein, die eine gerechte Zukunft ermöglichen. Unsere Lösung ist ein Ernährungssystem, das auf agrarökologischen Prinzipien basiert und Ernährungssouveränität gewährleistet. Dieses neue System wird auf einem guten Leben und guter Arbeit für alle aufbauen!

Forderungspapier Lebensmittelkonzerne

→ **Lebensmittelkonzerne müssen unfaire Handelspraktiken, die unverhältnismäßigen Druck auf vorgelagerte Akteur*innen wie Kleinbäuer*innen in ihrer Lieferkette ausüben UNTERBINDEN. Wir fordern, dass Lebensmittelkonzerne ihren Markteinfluss verantwortungsvoll nutzen, indem sie**

- Preise auf faire Weise bestimmen, um die gesellschaftlichen und ökologischen Produktionskosten zu decken,
- aufhören, Lieferaufträge kurzfristig zu stornieren,
- es vermeiden, die Handelsbeziehung abrupt zu beenden und
- Initiativen für verbindliche Gesetzgebung zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten unterstützen.

→ **Lebensmittelkonzerne müssen ihre Zulieferer dabei unterstützen, folgendes Fehlverhalten zu verhindern, zu mindern oder zu beheben:**

- Verletzungen von Menschen- und Arbeitsrechten,
- Beitrag zu illegaler Entwaldung,
- Beteiligung an Landraub (besonders auf dem Gebiet von Kleinbäuer*innen und indigenen Gemeinschaften),
- Nutzung von Pestiziden, die in der EU verboten sind.

Wenn Zulieferer keine Bereitschaft zur Veränderung zeigen, müssen Unternehmen diese Handelsbeziehungen abbrechen.

→ **Innerhalb ihrer eigenen Lieferketten müssen große Lebensmittelkonzerne menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten ERFÜLLEN und dabei die besondere Situation und Verwundbarkeit von migrantischen Arbeiter*innen und weiblichen Beschäftigten in den Agrar-Lieferketten berücksichtigen.**

Hierzu gehören:

- Identifizierung von gesellschaftlichen und ökologischen Risiken (Risikobeurteilung und Überwachung),
- Proaktive und kontinuierliche Anstrengungen, um identifizierten Risiken vorzubeugen, z. B. Maßnahmen zum Schutz von (illegalisierten) Migrant*innen und Saisonarbeiter*innen sowie die Durchsetzung von Arbeitsrechten durch die Implementierung rechtlich bindender Vereinbarungen zwischen großen Lebensmittelkonzernen und Gewerkschaften über Unterbringung und Krankenversicherung (vergleichbar mit dem Fair Food-Programm in den USA oder der Bangladesch-Vereinbarung im Bekleidungssektor),
- Anpassung der Gewinnerwartungen, um einen Teil ihrer enormen Gewinnspanne an die Arbeiter*innen abzugeben und existenzsichernde Löhne zu gewährleisten! Sie wissen, wie viel

sie zahlen müssten, um Arbeiter*innen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und sollten dies auch tun.

- Migrantischen und saisonalen Arbeiter*innen angemessene Unterkunft, kostenlosen Transport zu den Arbeitsplätzen, gesetzliche Arbeitsverträge und Transparenz über ihre Löhne zu garantieren und
- Fehlverhalten aufzudecken und Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

→ **Große Lebensmittelunternehmen MÜSSEN die Selbstbestimmung der Kleinbäuer*innen, ihre eigenen Anbaumethoden zu wählen, ebenso respektieren wie ihr traditionelles Wissen. Sie dürfen Kleinbäuer*innen nicht in einen Teufelskreis der Abhängigkeit von externen Mitteln (wie Saatgut und Pestiziden) zwingen.**

→ **All dies muss mit Maßnahmen einhergehen, die die Transparenz und Rückverfolgbarkeit in Lieferketten sicherstellen, indem relevante Dokumente zu den genannten Themen veröffentlicht werden, wie z.B. Lieferantenlisten und Rechenschaftsberichte.**

Forderungspapier Europäische Supermärkte

→ **Supermärkte müssen menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten ERFÜLLEN und dabei die besondere Situation und Verwundbarkeit von Arbeitsmigrant*innen und weiblichen Beschäftigten in den Agrar-Lieferketten berücksichtigen.**

Sie müssen kontinuierlich daran arbeiten, um:

- zur Durchsetzung von existenzsichernden Löhnen und Einkommen beizutragen,
- die Durchsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Versammlungsfreiheit von Arbeitnehmer*innen und ihr Recht auf Kollektivverhandlungen zu unterstützen,
- die Einhaltung international vereinbarter Arbeitsschutzvorschriften durchzusetzen,
- Arbeitsmigrant*innen eine angemessene Unterbringung, kostenlosen Transport zu den Arbeitsplätzen, gesetzliche Arbeitsverträge und Transparenz über ihre Löhne zu garantieren und
- die geschlechtsspezifische Diskriminierung von Arbeiter*innen und Kleinbäuer*innen in ihren Lieferketten zu unterbinden.

→ **Supermärkte müssen unfaire Handelspraktiken UNTERBINDEN**

- Sie müssen AUFHÖREN, unverhältnismäßigen Druck auf Akteure in der Lieferkette, wie beispielsweise Kleinbäuer*innen, auszuüben.
- Sie müssen AUFHÖREN, Produkte zu Preisen zu verkaufen, die unter den Kosten einer nachhaltigen Produktion liegen.
- Sie müssen manipulative Preispraktiken UNTERLASSEN.

→ **Supermärkte müssen eine ökologische Produktion in ihren Lieferketten vorantreiben.** Daher müssen sie:

- Preise zahlen, die die vollständigen Kosten einer nachhaltigen Produktion decken,
- Lieferketten ohne Entwaldung aufbauen,
- agrarökologische Praktiken von Kleinbäuer*innen fördern und diese Bemühungen entsprechend entlohnen,
- sicherstellen, dass bis 2030 mindestens 30 % der in Supermärkten angebotenen Lebensmittel aus biologischem Anbau stammen und
- eine Einkaufspolitik verfolgen, die zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung beiträgt.

→ **Supermärkte müssen ihre Lieferant*innen dabei unterstützen, folgendes Fehlverhalten zu verhindern, zu mindern oder zu beheben:**

- Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten,
- Beteiligung an illegaler Entwaldung,
- Beteiligung an Landraub auf Gebieten von Kleinbäuer*innen oder indigenen Gemeinschaften,
- Nutzung von Pestiziden, die in der EU verboten sind.

Wenn Lieferant*innen keine Bereitschaft zur Veränderung zeigen, müssen Supermärkte diese Handelsbeziehungen abbrechen.

→ **Supermärkte müssen die Nachverfolgbarkeit aller Produkte SICHERSTELLEN!**

Diese Nachverfolgung muss von den Erzeuger*innen bis zur Ladentheke erfolgen. **Dazu gehört die Bereitstellung verständlicher Informationen für Verbraucher*innen, beispielsweise die Veröffentlichung von Lieferant*innenlisten, Rechenschaftsberichten und Audit-Ergebnissen.**

→ **Supermärkte müssen mit dem Green- und Socialwashing ihres Images durch den Verkauf von Produkten mit Pseudo-Zertifizierungen AUFHÖREN.**

Stattdessen sollen sie effektive und *glaubwürdige* Multi-Stakeholder-Initiativen und Maßnahmen zur Sicherstellung der menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten in den Lieferketten unterstützen.

Forderungspapier

Europäische politische Entscheidungsträger*innen

Umsetzung wirkungsvoller Lieferkettengesetze

Die Europäische Union muss Verantwortung übernehmen und ein verbindliches Gesetz zu mHREDD (mandatory human rights and environmental due diligence - verpflichtende menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten) verabschieden, um Lebensmittelunternehmen zu höheren Standards in ihren Lieferketten zu verpflichten. Dieses Gesetz muss einen Mechanismus beinhalten, der es betroffenen Gruppen oder ihren Vertreter*innen (z. B. migrantischen Arbeiter*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Gewerkschaften) ermöglicht, ihre Rechte verbindlich durchzusetzen und Abhilfemaßnahmen, einschließlich Sanktionen gegen Unternehmen, durchzusetzen. Diese Gesetze müssen auf allen drei Ebenen angewendet werden: auf nationaler, der der Europäischen Union (EU) sowie auf internationaler Ebene (Vereinte Nationen (VN) und internationale Handelsgremien).

- Die EU muss den Vertrag der Vereinten Nationen über Wirtschaft und Menschenrechte (*UN Treaty on Business and Human rights*) proaktiv und konstruktiv mitgestalten. Der Entwurf sollte überarbeitet werden, um die Rechte von Arbeitnehmer*innen, insbesondere von Migrant*innen und Frauen sowie von Kleinbäuer*innen weiter zu stärken.
- **Die EU-Regierungen müssen an einer ehrgeizigen Umsetzung der Farm to Fork-Strategie (F2F) arbeiten, beispielsweise durch Änderungen an der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Diese muss eine globale Dimension der Agrar-Lieferketten beinhalten und die Perspektiven der besonders gefährdeten Akteur*innen in den Agrar-Lieferketten berücksichtigen. Folgende Punkte sollen in der F2F-Strategie enthalten sein:**
 - Faire Handelspolitik, einschließlich Marktzugang für Kleinbäuer*innen,
 - Förderung agrarökologischer Praktiken,
 - Einfuhrverbote von Produkten, die nachweislich zu Landraub und/oder Entwaldung in ihren Lieferketten geführt haben,
 - Handelsverbote für Pestizide, die in der EU bereits verboten sind.
 - **Klimaneutralität muss früher erreicht werden, als dies derzeit im Green Deal der EU geplant ist.**
- Die EU muss im Migrations- und Asylpakt ehrgeizige, rechtsverbindliche Regelungen umsetzen, die illegalisierten Arbeitsmigrant*innen, die in der

europäischen Lebensmittelproduktion tätig sind, den Schutz ihrer Menschen- und Arbeitsrechte garantieren.

- Die EU muss die *United Nations Declaration on the Rights of Peasants and Other People Working in Rural Areas (UNDROP)* umsetzen, um Landrechte und menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen für migrantische und saisonale Arbeiter*innen in Agrar-Lieferketten zu gewährleisten.
- Die EU muss einen Mechanismus einführen, der die Praktiken von Supermärkten, die Lebensmittelverschwendung verursachen, sanktioniert.

Darüber hinaus fordern wir unsere nationalen Regierungen und nationalen politischen Entscheidungsträger*innen auf, die Umsetzung der genannten Gesetze und politischen Prozesse zu unterstützen.